Das Vollzugsbureau der RGI. an die Mitglieder im FEV.

An die

Mitglieder und Funktionäre des Freien Eisenbahner-Verbandes

Kollegen, Klassengenossen!

Der Verbandsbeirat eurer Organisation hat in seiner Sitzung am 17. Mai beschlossen, daß in allen Teilen Deutschlands neue Ortsgruppen gegründet werden sollen. Dieser Beschluß wurde damit begründet, daß der „Freie Eisenbahnerverband" stark werden müsse, um den Reformisten vom DEV. seinen Willen aufzuzwingen und die Wiederherstellung der Einheit der Eisenbahner in Deutschland durchsetzen zu können.

Wenn ihr diesen Beschluß zur Durchführung bringt, so werdet ihr das Gegenteil von dem erreichen, was ihr wollt. Ihr werdet den Reformisten in die Hände arbeiten.

Ihr werdet die von den Reformisten durchgeführte Spaltung eurer Organisation vertiefen. Ihr werdet damit die Pläne der Amsterdamer Gewerkschaftsbureaukraten vom DEV. unterstützen, die sich das Ziel gesetzt haben, alle revolutionären Eisenbahner von den Mitgliedern des DEV. fernzuhalten, um ungestört die Eisenbahner an die Dawes-Reichsbahndirektion verraten zu können.

Die durch das Dawes-Gutachten den deutschen Werktätigen auferlegten Lasten, deren Löwenanteil durch die Reichsbahn aufgebracht werden soll, versucht die Reichsbahndirektion auf die Arbeiter und Beamten abzuwälzen. Weitere Massenentlassungen von Arbeitern und Beamten sind geplant. Eine Verlängerung der Dienst- und Arbeitszeit, ein systematischer Abbau der Löhne und Gehälter und eine verschärfte Ausbeutung durch das Gedinge sind die unvermeidlichen Folgen des Vorgehens der Reichsbahndirektion. Die geplanten Verschlechterungen der Lebenslage aller Eisenbahner können nur abgewehrt werden,

wenn eine einheitliche, starke und kampfgewillte Organisation der Eisenbahner geschaffen wird.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat der RAA. (Reichsarbeitsausschuß der revolutionären Gewerkschafter Deutschlands) beschlossen, daß auf eine weitere Ausdehnung des Freien Eisenbahnerverbandes verzichtet werden muß und mit allen Mitteln die Wiederherstellung der Einheit mit den Zahlstellen und Ortsgruppen des DEV. anzustreben ist. Alle Mitglieder und Funktionäre des FEV. müssen erkennen, daß die organisatorische Verschmelzung des FEV. mit dem DEV. eine Lebensnotwendigkeit für die klassenbewußten deutschen Eisenbahner ist. Eine intensive Arbeit für dieses Ziel entspricht den Richtlinien und Beschlüssen der Roten Gewerkschafts-Internationale und ist der einzige Weg zur Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit unter den deutschen Eisenbahnern und damit der Weg zur Aufnahme des Klassenkampfes gegen die immer weiter fortschreitende Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter und Beamten der deutschen Reichsbahn.

Es muß endlich Schluß gemacht werden mit den Phrasen, die da sagen: „Wir können nur ein gutes Verhandlungsergebnis mit den Reformisten erzielen, wenn wir stark sind, und stark werden wir nur, wenn wir neue Ortsgruppen des Freien Eisenbahnerverbandes gründen." **Das heißt, die durch die Reformisten hervorgerufene Spaltung der deutschen Eisenbahner weiter treiben, das heißt, die Wiederherstellung aller klassenbewußten Eisenbahner in einer Organisation verhindern, und das bedeutet, den Kampf für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Eisenbahner unmöglich machen.**

Die Wahl Hindenburgs hat den Machtdünkel der Kapitalisten in Deutschland gestärkt, und sie gehen brutaler als je gegen Arbeiter, Angestellte und Beamte vor. Dieser Unternehmeroffensive muß eine einheitliche und geschlossene Arbeiterfront entgegengestellt werden. Zersplitterte Organisationen mit geringer Mitgliederzahl können den Kampf gegen das geeinte Unternehmertum niemals aufnehmen. Nur eine große, einheitliche und geschlossene Organisation der Eisenbahner ist in der Lage eine Massenaktion für den Kampf um die Grundrechte der Eisenbahner zu organisieren. Wenn die etwa 80 000 Mitglieder des Freien Eisenbahnerverbandes nicht isoliert beiseite stehen, sondern innerhalb des DEV. unter den etwa 200 000 Mitgliedern revolutionäre Aufklärungsarbeit leisten, so werden sie mehr Interesse der revolutionären Arbeiterbewegung und aller Eisenbahner zu leisten imstande sein, als wenn sie neue Ortsgruppen des FEV. im Reiche gründen. Die Ergebnisse der letzten Betriebsrätewahlen bei der Deutschen Reichsbahn haben eine Verminderung der Stimmenzahl für die Listen des FEV. um 52 Prozent ergeben, und euer Einfluß wird noch weiter zurückgehen, wenn ihr kurzsichtig weiterhin den Absichten der Reformisten entgegenkommt, die Spaltung der Eisenbahner zu vertiefen.

Wir warnen euch, weiterhin diesen falschen Weg zu gehen.

Wir fordern euch auf, mit allen Mitteln die Spaltungsabsichten der Reformisten zu verhindern und alle Kräfte für eine Wiedervereinigung eurer Organisation mit dem DEV. einzusetzen.

Ueberall, wo es euch möglich ist, muß örtlich oder betriebsweise die Vereinigung eurer Organisation mit dem DEV. schon heute vollzogen werden.

Dann wird die allgemeine Vereinigung nicht lange auf sich warten lassen, und die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit der deutschen Eisenbahner wird es den Dawes-Kapitalisten unmöglich machen, eure Interessen zu mißachten, wie es in letzter Zeit vorgekommen ist.

Die Rote Gewerkschaftsinternationale hat als Richtlinie für die Arbeit eurer Organisation nachstehende Resolution einstimmig beschlossen:

„Das Vollzugsbureau der RGI. drückt sein Bedauern darüber aus, daß der Freie Eisenbahnerverband Deutschlands zu seiner am 17. Mai d. J. stattgefundenen Beiratssitzung den deutschen Reichsarbeitsausschuß nicht eingeladen hat. Der RAA. ist die offizielle deutsche Vertretung der RGI., und alle der RGI. angeschlossenen oder mit ihr sympathisierenden revolutionären Gewerkschaften handeln in ihrem ureigensten Interesse, wenn sie zu wichtigen Konferenzen ihrer Organisation eine Vertretung des RAA. hinzuziehen.

Die auf der letzten Beiratssitzung des FEV. gefaßten Beschlüsse stehen im krassen Widerspruch mit der auf dem 1. Weltkongreß der Profintern zur Frage der Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit in nationalem und internationalem Maßstabe angenommenen Resolution. Das Vollzugsbureau der RGI. stellt fest, daß es die allererste Aufgabe jeder revolutionären Gewerkschaft ist, diese für die Arbeiterbewegung aller Länder wichtigste Frage ernsthaft zu fördern. Eine revolutionäre Eisenbahnerorganisation in Deutschland muß unermüdlich an dem Zusammenschluß aller Eisenbahner in einer Organisation arbeiten. Dieses Ziel kann nur durch den Zusammenschluß aller Ortsgruppen und Zahlstellen des FEV. mit den zurzeit noch unter reformistischer Führung stehenden Ortsgruppen und Zahlstellen des Deutschen Eisenbahnerverbandes erreicht werden. Es kann also nicht die Aufgabe des FEV. sein, neue Ortsgruppen in Deutschland zu gründen und die durch die Reformisten hervorgerufene Spaltung weiter zu vertiefen, sondern der FEV. hat die Aufgabe, mit allen Mitteln für eine Vereinigung des FEV. mit dem DEV. einzutreten. Die von den reformistischen Führern des DEV. für die Wiedervereinigung der Eisenbahner aufgestellten Bedingungen müssen selbstverständlich kritisiert werden, sie dürfen aber keinen Hinderungsgrund zur Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit der Eisenbahner sein.

Das Vollzugsbureau der RGI. ersucht deshalb die Mitglieder und Funktionäre des FEV., noch einmal zu dieser Frage Stellung zu nehmen und die in der letzten Beiratssitzung gefaßten falschen Beschlüsse so zu revidieren, daß sie mit den Richtlinien der RGI. im Einklang stehen."

Das ist die klare und unzweideutige Meinung des Vollzugsbureaus der Roten Gewerkschaftsinternationale über die Arbeit der revolutionären Eisenbahner in Deutschland. Die RGI. fordert im Interesse der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, im Interesse der Arbeiterklasse aller Länder, in der Erkenntnis der Notwendigkeit, daß die gewerkschaftliche Einheit national und international hergestellt werden muß, von den Mitgliedern und Funktionären des FEV., daß sie die Ratschläge des Vollzugsbureaus der RGI. annehmen und die obenstehende Resolution unverzüglich und mit aller Energie zur Durchführung bringen.

Es lebe die internationale Einheit der Gewerkschaftsbewegung!

Aenderung des Wehrmachtversorgungsgesetzes

Vom Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, werden wir um Aufnahme folgender Abhandlung gebeten:

„In der Zeit vor dem Kriege hat bereits in der Militärpolitik die Frage eine Rolle gespielt, durch welche Mittel man den notwendigen Ersatz an Ausbildungspersonal für die wehrpflichtigen Personen erhalten könne. Als Mittel dazu wurde angesehen, denjenigen Militärpersonen, die sich bereitfanden, auf längere Zeit beim Militär zu verbleiben (zu kapitulieren), nach Ablauf der Verpflichtungsdauer von 12 Jahren entweder eine Abfindung zu gewähren oder ihnen die Berechtigung zur Bekleidung einer Beamtenstelle zu verleihen (Zivilversorgungsschein). Die Bestimmungen hierüber enthielt das Gesetz über die Versorgung der Personen der Unterklassen des Reichsheeres, der Kaiserlichen Marine und der Kaiserlichen Schutztruppen vom 31. Mai 1905 (Mannschaftsversorgungsgesetz). Dieses Gesetz sah in § 15 vor, daß solche Kapitulanten durch 12jährige Dienstzeit den Anspruch auf den Zivilversorgungsschein erwarten, wenn sie zum Beamten brauchbar und würdig erschienen. Auch für Beamte mit kürzerer Dienstzeit konnte unter bestimmten Voraussetzungen der Zivilversorgungsschein gewährt werden. Den Inhabern des Zivilversorgungsscheins waren die mittleren, Kanzlei- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, bei den Versicherungsanstalten für die Invalidenversicherung sowie bei städtischen oder solchen Instituten, welche ganz oder zum Teil aus Mitteln des Reiches, Staates oder der Gemeinden unterhalten waren, nach Maßgabe der vom Bundesrat festzusetzenden allgemeinen Grundsätze vorbehalten. Diese Anstellungsgrundsätze datieren vom 20. Juni 1907. Diejenigen Kapitalisten, die den Versorgungsschein nicht in Anspruch nahmen, konnten gegen den Verzicht auf den Schein eine einmalige Abfindung von Mk. 1500,— erhalten.

Durch den Erlaß des Reichsgesetzes vom 23. März 1921 betreffend die Reichswehr und der Reichsmarine wurde grundsätzlich die allgemeine Wehrpflicht durch ein Söldnerheer abgelöst. Diesem Umstande wurde seitens des Reichswehrministeriums sowohl hinsichtlich der Besoldung als auch bei der Unterbringung der Wehrmachtsangehörigen Rechnung getragen.

Der Zentralverband der Angestellten hat stets das Recht der Heeresangestellten zur Unterbringung in Beamtenstellen anerkannt, hat sich aber schon 1921 mit Erfolg gegen die Absicht des Reichswehrministeriums gewandt, auch die durch Privatdienstvertrag zu besetzenden Stellen den Militäranwärtern vorzubehalten.

Gerade die Absicht des Reichswehrministeriums, den, den Versorgungsanwärtern vorbehaltenen Stellenkreis unbedingt zu erweitern, wird und muß sich geradezu katastrophal auswirken. Es entsteht wirtschaftlicher Schaden dadurch, daß viele Angestellte brotlos werden, die teilweise 20 bis 40 Jahre, mindestens aber 10 Jahre bei ein und derselben Behörde beschäftigt werden.

Die beabsichtigte Aenderung des Wehrmachtversorgungsgesetzes muß unter allen Umständen durch den Reichstag vermieden werden, weil ein großes Unrecht verhindert werden muß.

Der Gedanke des demokratischen Volksstaates würde bestimmt darunter leiden, wenn man jetzt auch noch die letzte Stelle eines Angestellten bei den Behörden und Betriebsverwaltungen mit einem Versorgungsanwärter besetzen würde. Leute, die nach dieses Lebensalter (32 Jahre) in die Behörden und öffentlichen Betriebe als Beamte und Angestellte kommen, können nicht mehr so beweglich sein. Es würde eine weitere Erstarrung der so oft beklagten bureaukratischen Verwaltung eintreten. Die letzten Träger eines freien Gedankens bei den Behörden und öffentlichen Betrieben, die Angestellten, würden bestimmt zur Entlassung kommen, wenn der vorliegende Gesetzentwurf Gesetz werden sollte. Es gilt deshalb, gegen dieses Beginnen in der Oeffentlichkeit Aufklärung zu verbreiten und dagegen zu protestieren, daß diese Aenderung des Wehrmachtversorgungsgesetzes im Reichstag zur Annahme gelangt. Am gefährlichsten ist es, auch die Betriebe der Gemeinden Versorgungsanwärtern aufnehmen sollen. Der Deutsche Städtetag hat im November Leitsätze über die wirtschaftliche Gestaltung der kommunalen Betriebe aufgestellt, die den nur in der Gemeindeverwaltung ausgebildeten Verwaltungsbeamten für nicht geeignet halten, sondern geeignete und genügend durchgebildete technische und kaufmännische Kräfte. Der Gemeindebeamte genügt nicht, aber der Militäranwärter muß in die Betriebsverwaltungen.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei nochmals ausdrücklich besonders betont, daß sich der Kampf des Zentralverbandes der Angestellten lediglich gegen die Weiterbevorzugung von Militäranwärtern richtet. Sogenannte verbriefte Rechte sollen und können nicht angetastet werden.

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden. — Druck: „Peuna", Filiale Dresden. — Verantw. Red.: Rudolf Renner, Dresden.

DER SUMPF

Roman von Upton Sinclair

Neubearbeitung

Autorisierte Übersetzung aus dem vom Autor neubearbeiteten amerikanischen Manuskript von Hermynia zur Mühlen. Copyright by „Der Malik-Verlag" 1934. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks und der Übersetzung, vorbehalten

(38. Fortsetzung)

Jurgis nickte; plötzlich fiel ihm etwas ein: er zog die 14 Cents aus der Tasche, reichte sie Stanislowas: „Bringe sie ihnen."

Stanislowas nahm das Geld, zögerte noch eine Weile, strebte dann der Tür zu. Jurgis bemerkte, daß er beim Gehen schwankte.

Einen Augenblick hielt sich Jurgis noch an dem Gitter fest, dann berührte der Wärter seinen Arm, und er folgte ihm stumm, um weiter Steine zu klopfen.

Achtzehntes Kapitel.

Das Gefängnistor schloß sich hinter ihm. Jurgis stand auf den Stufen, verstört, verwirrt, er konnte kaum glauben, daß es wahr sei, daß sich über ihm der Himmel wölbe, daß die Straße vor ihm liege, daß er ein freier Mann sei. Tauwetter hatte eingesetzt, feiner kalter Regen rieselte nieder, der Wind drang Jurgis bis zu den Knochen. Nach kurzer Zeit war er völlig durchnäßt, auch durch seine zerlöcherten Stiefel sickerte das Wasser. Kummer und Sorgen hatten ihn verzehrt, er war mager und eingefallen, schauderte fröstelnd, vergrub die Hände in den Taschen und zog die Schultern ein. Er kannte die Gegend nicht, mußte unzähligemal fragen, bis er endlich, endlich in die bekannten Straßen gelangte. Spät nachmittags erreichte er die Schlachthöfe, die schwarzen Rauchvulkane, aus denen das Rindergebrüll auftönte. Nun schien ihm, er könne nicht mehr länger warten. Er sprang auf eine Tram, verbarg sich im Gedränge, stieg zehn Minuten später wieder aus, ohne bemerkt worden zu sein. Halb laufend bog er um die Ecke, dann aber blieb er plötzlich stehen, starrte mit geweiteten Augen vor sich. Was war geschehen? Er stierte das Haus an, blickte dann auf die anderen Häuser, auf die Kneipe an der Ecke — ja, er war richtig gegangen, war daheim — aber — aber das Haus hatte eine andere Farbe! Er trat näher, ja, es war grau, jetzt aber war es gelb! Das Holzwerk war rot, jetzt war es grün! Er hielt sich auf der anderen Seite der Straße, unsägliche Angst hatte sich seiner bemächtigt, die Knie zitterten ihm, Verwirrung herrschte in seinem Kopf. Das ganze Haus war renoviert, ja sogar die zerbrochene Fensterscheibe war durch eine neue ersetzt worden! Und vor den Fenstern hingen weiße gestreifte Vorhänge! Und dann öffnete sich jählings die Haustür, ein rosiger, wohlgenährter Knabe kam heraus, ein Knabe, den Jurgis noch nie gesehen hatte. Der Knabe begann im Schnee zu spielen, blickte erstaunt auf Jurgis, der noch immer wie gebannt verharrte. Jurgis überquerte langsam die Straße, hielt sich am Treppengeländer fest, keuchte: „Was — was tun Sie hier?"

„Ich? Ich wohne hier."

Jurgis wurde totenblaß. „Sie wohnen hier? Wo ist denn dann meine Familie?"

Der Knabe blickte ihn verblüfft an. „Ihre Familie?"

Jurgis trat näher an ihn heran. „Ich — dies ist mein Haus —"

Der Knabe schrie ins Haus hinein: „He, Mutter. Hier ist ein Mann, der behauptet, daß unser Haus ihm gehört."

Eine dicke Irländerin erschien auf der obersten Stufe. „Was soll das heißen?" fragte sie.

Jurgis wandte sich ihr zu. „Wo ist meine Familie?" schrie er verzweifelt. „Ich ließ sie hier zurück. Dies ist mein Heim. Was tun Sie in meinem Heim?"

Die Frau starrte ihn erschrocken an, glaubte, sie habe es mit einem Wahnsinnigen zu tun, und wahrlich, Jurgis sah wie ein Wahnsinniger aus.

„Ihr Heim?" wiederholte sie.

„Ja, mein Heim. Ich lebte hier."

„Sie müssen sich irren. Dies ist ein neues, noch nie bewohntes Haus. Der Agent —"

„Was ist aus meiner Familie geworden?" schrie Jurgis tobend.

Allmählich begann die Frau zu begreifen; vielleicht hatte sie auch schon früher an den Worten des Agenten gezweifelt. „Ich weiß nicht, wo Ihre Familie ist," sagte sie. „Ich kaufte das Haus vor drei Tagen, es war leer, mir wurde gesagt, es sei ganz neu. Hatten Sie es wirklich gemietet?"

„Gemietet? Gekauft, ich hatte dafür bezahlt! Es gehört mir. Und — mein Gott! Können Sie es mir nicht sagen, wo die Meinen sind?"

Sie wußte es nicht, es war, als sei die ganze Familie aus der Welt verschwunden, ausgelöscht, als habe sie nie existiert, sei ein Traum gewesen. Jurgis fühlte sich völlig verloren, da fiel ihm jählings Großmutter Majauskiene ein, die in der Nähe wohnte. Sie wird es wissen. Er begann zu laufen. Großmutter Majauskiene kam an die Tür. Sie schrie laut auf, da sie Jurgis erblickte. Ja, ja, sie konnte ihm alles sagen. Die Familie konnte die Miete nicht bezahlen, sie war auf die Straße gesetzt worden, das Haus wurde neu angestrichen, abermals verkauft. Die Seinen seien zu Aniele Jukiene zurückgegangen, bei der sie zu Anfang gewohnt hatten. Ob Jurgis nicht ein wenig rasten wolle? Ja, wenn er nicht ins Gefängnis gekommen wäre —

Jurgis taumelte fort, doch kam er nicht weit. Auf den Stufen einer Kneipe brach er zusammen, verbarg das Gesicht in den Händen, weinte.

Ihr Heim, ihr Heim! Sie hatten es verloren! Schmerz, Verzweiflung, Wut übermannten ihn. Es war ungeheuerlich, unglaublich — konnte nicht wahr sein. Was alles hatten sie um dieses Hauses willen gelitten — welchen Preis hatten sie dafür bezahlt! Er durchlebte noch einmal die ganze Qual, die Opfer, sie hatten ihre Seele hingegeben um für das Haus zahlen zu können, hatten mit Blut und Tränen den Preis bezahlt, ja mit ihrem Lebensblut. Antanas war daran zugrunde gegangen, er könnte noch heute leben, gesund sein, hätte er nicht in den feuchten Kellern schuften müssen, um sein Teil an dem Haus zu verdienen. Und Ona hatte dafür mit ihrer Gesundheit, mit ihrer Kraft gezahlt, und er, Jurgis selbst, der noch vor drei Jahren ein großer, kräftiger Mann gewesen war, saß nun hier, zitternd, geduckt, hysterisch weinend wie ein Kind. Sie hatten alles, was sie besaßen, in den Kampf geworfen, und nun waren sie besiegt, besiegt! Sie hatten ihr Heim verloren, standen dort, wo sie zu Anfang standen, waren ausgestoßen in die Kälte, um dort zu hungern und zu frieren.

Nun endlich erkennt er die Wahrheit, sieht, daß er, durch alle Begebenheiten hindurch, das Opfer gieriger Geier geworden ist, die ihm die Eingeweide ausgerissen und ihn verschlungen haben; das Opfer von Teufeln, die ihn gequält und gefoltert, verhöhnt und verlacht haben. O Gott, diese Schlechtigkeit, diese ungeheuerliche, scheußliche, dämonische Schlechtigkeit! Er und die Seinen, hilflose Frauen und Kinder, mitten im Lebenskampf, unwissend, unbewaffnet, verlassen — und die Feinde haben ihnen aufgelauert, haben nach ihrem Blut gedürstet!

(Fortsetzung folgt.)